

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering

Ausgabe Juni 2010



Bayern atmet auf – Ja! zum Nichtraucherschutz

Am 4. Juli findet der Volksentscheid für echten Nichtraucherschutz statt. Das Volksbegehren, dessen Hauptorganisatoren die Grünen, die SPD und ÖDP sind, wird von zahlreichen Ärzterverbänden und Gesundheitsorganisationen unterstützt.

Im Januar 2008 ist das bayerische Gesundheitsschutzgesetz in Kraft getreten. Dieses enthielt ein weitgehendes Rauchverbot in der Gastronomie. Ausnahmen stellten nicht öffentlich zugängliche Gaststätten dar, die sogenannten Raucherclubs. Seit dem 1. August 2009 ist der Nichtraucherschutz von der Landtagsmehrheit aufgeweicht worden. Das bedeutet, dass in kleinen Einraum-Gaststätten, Bars und in Nebenräumen von Gaststätten und Diskotheken wieder geraucht werden darf.

Warum ist konsequenter Schutz vor Passivrauchen so wichtig? Passivraucher atmen ein Gemisch aus einer Vielzahl krebserregender Substanzen ein mit ähnlichen Folgen, wie sie für Raucher allgemein bekannt sind. Deshalb

muss der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz auch für Beschäftigte in der Gastronomie gelten.

Das oft gehörte Argument der Raucherlobby vom „Kneipensterben“ durch Rauchverbote ist im Jahre 2008 widerlegt worden. Tatsächlich konnten sowohl die Speiselokale, als auch die Kneipen ihre Umsätze stabil halten. Die Insolvenzen im bayerischen Gastgewerbe sind sogar gesunken.

Die grüne Landtagsfraktion hat sich immer für einen konsequenten Nichtraucherschutz ohne Wenn und Aber eingesetzt, um die Bürgerinnen und Bürger vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen, aber auch um Rechtssicherheit für die Gastronomie herzustellen.

Deshalb fordern wir Grünen alle Bürger auf, am 4. Juli zur Abstimmung zu gehen und mit „Ja“ zu stimmen, denn nur eine komplett rauchfreie Gastronomie bietet den besten Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens.

Am 4. Juli:



Klosterwirt Grafrath:

Ein Schritt vorwärts – ein Schritt zurück

Dem seit Jahrzehnten leerstehenden Klosterwirt-Gebäude droht weiterhin der Verfall.



Nachdem das bisherige Konzept des Vereins Forum Klosterhof zur Rettung des Gebäudes am Widerstand der CSU und Freien Wähler gescheitert war, mussten die Grafrather lange Zeit warten, bis dann zu aller Überraschung CSU und Freie Wähler Einigkeit ein Konzept vorstellten, das dem Vorgängermodell ähnelte: Sind CSU und FW vorher allerdings noch gegen eine „massive Bebauung“ auf dem ehemaligen Tennisgelände zu Felde gezogen, so planten sie nun die gleiche Bebauung auf einer zusätzlichen Fläche von 6000 qm ! Soziale Einrichtungen, wie im Vorgängermodell für Jung und Alt vorgesehen, waren allerdings Fehlanzeige.

Ihre Vorstellung, dass die Gemeinde das Areal kauft und anschließend verwertet und einen Überschuss erwirtschaften würde, scheiterte nicht nur an den unausgegorenen – mehrmals geänderten – Finanzierungsvorschlägen, sondern an der völlig unüberlegten Vorgehensweise, die vom CSU-Vorstand ausgeheckt wurde: als Bürgermeister Hagenguth im Urlaub weilte, wurden vom Ersatzbürgermeister und seinen CSU/FW-Kollegen im Gemeinderat im Hand-

streich Beschlüsse zum Ankauf des Klosterwirt-Grundstücks durch die Gemeinde gefasst, die größtenteils in den kommenden Monaten wieder zurückgenommen werden mussten oder nicht umgesetzt werden konnten, da die rechtlichen Voraussetzungen zum Ankauf durch die Gemeinde überhaupt nicht vorlagen.

Weitere Monate waren somit sinnlos verstrichen! Diese Zeit hätte dazu genutzt werden können, die Vorstellungen interessierter Bauträger und Investoren in einem Wettbewerb vorzustellen. Die wären dann im Einvernehmen mit den Grundstücksbesitzern anschließend umgesetzt worden. In der Zwischenzeit nahmen die Grundstücksbesitzer – eine Erbengemeinschaft – sowieso Abstand vom Verkauf an die Gemeinde, sodass nun ein Bauträger mit den Erben handelseinig wurde.

Welche Bebauung sinnvoll umgesetzt und welche finanzielle Beteiligung an den gemeindlichen Kosten der Bauträger übernimmt, werden die kommenden Diskussionen zeigen. In den nächsten Wochen und Monaten wird ein neuer Bebauungsplan in der Öffentlichkeit vorgestellt und ein sogenannter Städtebaulicher Vertrag mit dem Bauträger geschlossen.

In Zeiten leerer Kassen ist die Gemeinde besonders auf einen Großteil der Wertsteigerung (Planungsgewinn) der Grundstücke angewiesen: Folgekosten für Einrichtungen zur Kinderbetreuung sowie soziale Einrichtungen für ältere Mitbürger müssen dafür verwendet werden.

Vorschläge der GRÜNEN zur Nutzung des Klosterwirtsareals

Wir wollen das Gebäude des Klosterwirts mit denkmalgeschütztem Stadel erhalten, sinnvoll nutzen und wiederbeleben.

Der Klosterwirt soll wieder als Gastronomie- und Hotelbetrieb genutzt werden. Der angrenzende Stadel kann Platz bieten für Gastronomie, Pilgerherberge, Kultur-Räume, Betriebe zur Nahversorgung oder soziale Einrichtungen.

Der Bereich der ehemaligen Tennisplätze soll für Wohnbebauung unter Berücksichtigung sozialer Aspekte genutzt werden. Wir stellen uns eine Mischung aus Mehrfamilien- und Einfamilienhäusern vor. Hier sind auch Möglichkeiten wie Service- und Mehrgenerationen-Wohnen vorzusehen. Die Grundstücksgrößen für Einfamilienhäuser sollten 300 bis maximal 400qm betragen. Der Großteil der Gebäude sollte mit Erdgeschoss, Obergeschoss und Dachgeschoss geplant werden, um den Flächenverbrauch gering zu halten. Ein Teil sollte als günstiges Bauland für Familien unter sozialen Aspekten vergeben werden.

Wie könnte das erreicht werden?

Die Gemeinde trifft mit dem Bauträger eine Vereinbarung über einen Städtebaulichen Vertrag. Danach wird die Wertabschöpfung infolge der Wertsteigerung der Grundstücke durch den Bebauungsplan wie folgt verwendet:

- Zuschuss für Mehraufwendungen bei der Renovierung des Klosterwirt-Stadels .
- Zuschuss für einkommensschwache Familien, für günstige Grundstückspreise unter den tatsächlichen Baulandpreisen
- Zuschuss an die Gemeinde für notwendige Infrastruktur und soziale Einrichtungen

LEADER Aktionsgruppe Ammersee

Bürger-Engagement zum Schutz einer einzigartigen Kulturlandschaft



Was ist LEADER? Hinter dem sperrigen Namen (frz.: Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, dt.: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) verbirgt sich ein ziemlich bürokratisches Monstrum zur Verteilung von Mitteln aus dem EU-Strukturfond an lokale Bürgerinitiativen.

Ziel der EU-Strukturfonds ist es eigentlich, „die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern“ (EG-Bestimmungen über Strukturfonds v. 21.6.99).

Man fragt sich erst mal schon: Das Fünf-Seen-Land - ein stark benachteiligtes Gebiet? Das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten hat für die Periode 2007 – 2013 die Leader Aktionsgruppe (LAG) Ammersee neben 39 weiteren LAGs in Bayern als förderungswürdig ausgewählt. Ihr stehen jetzt 1,2 Mio Euro für ihre Projekte zur Verfügung.

Die LAG Ammersee wurde im Juli 2007 von engagierten BürgerInnen und VertreterInnen der 10 Mitgliedsgemeinden Grafrath, Inning, Herrsching, Andechs, Pähl, Dießen, Utting, Schondorf, Eching und Kottgeisering gegründet. In ihrem „Regionalen Entwicklungskonzept“ weist die Aktionsgruppe unter der Überschrift „Schatz in Gefahr“ auf die zahlreichen bedeutenden Naturschutzgebiete rund um den Ammersee sowie auf das reiche Kulturerbe mit den Wallfahrtsorten Andechs, Dießen und

Grafrath hin. Wegen des ‚Siedlungsdrucks‘ durch die Nähe der Großstädte München und Augsburg und mangelnde Vernetzung der verwaltungsmäßig getrennten Ammersee-Anrainer-Gemeinden sei umgehendes Handeln nötig.

In lokalen und überörtlichen Arbeitsgruppen des Vereins sollen von engagierten BürgerInnen Projekte entwickelt werden. Ein LAG-Manager koordiniert diese Arbeit. Die Entscheidung über die Förderungswürdigkeit der Projekte trifft der im Wesentlichen aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden bestehende ‚Lenkungsausschuss‘. Gefördert werden jeweils 50 % aus dem LEADER-Topf. Die zweite Hälfte muss anderweitig aufgebracht werden: entweder aus kommunalen oder staatlichen Zuschüssen oder aus Spenden.

Die Ortsgruppe Grafrath/Kottgeisering von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass möglichst vielen Menschen ihre Ideen und Vorstellungen in die LEADER-Aktionsgruppe einbringen, damit dieser Prozess tatsächlich das bürgerschaftliche Engagement fördert und nicht als von oben aufgesetztes bürokratisches Monstrum ein Schattendasein führt, wo im schlimmsten Fall EU-Mittel irgendwo wirkungslos versickern.

Wir unterstützen die Initiative der Gemeinde Grafrath, sich um das Handlungsfeld Verkehr zu kümmern. Ziel ist hier eine Optimierung und Vernetzung rund um den Ammersee durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie eine Verbesserung der Rad- und Fußwege.

Der Pilgerweg rund um den Ammersee – ursprünglich im LEADER-Rahmen geplant – wurde inzwischen außerhalb von LEADER und ohne Förderung aus 100 % Bürgerspenden – hauptsächlich von Grafrath aus - realisiert.

Die Kottgeiseringer Gruppe war sehr engagiert. Es wurden Routen für Wanderwege durch und um den Ort geplant und an die Aktionsgruppe weitergegeben.

Das Projekt einer Buslinie um den Ammersee mit S-Bahn-Anbindung steht noch aus.

Interessierte UnterstützerInnen sind hier herzlich willkommen!



Wo bleibt unsere Bildung?

Wenn ein Kind auf die Welt kommt, bringt es alle Voraussetzungen mit, ein gebildeter, intelligenter Mensch zu werden. Die wichtigste ist Wissbegier gefolgt von Neugier, Unbeschwertheit, Offenheit gegenüber Neuem und Durchhaltevermögen bei Misserfolg, um nur einige zu nennen.

Was ist von diesen Eigenschaften noch übrig, wenn ein junger Mensch die Schule durchlaufen hat?

Heute wird schon bei Geburt des Kindes darüber aufgeklärt wie wichtig die Förderung möglichst im Vorschulalter für unsere Kinder ist. Bei Klassenstärken von 29 - 32 Kindern ist eine gezielte Förderung aber unmöglich. Dazu kommt, dass ABC-Schützen in Bayern zum Teil schon nach wenigen Monaten ihre Rechenkünste mit Hilfe einer Stoppuhr unter Beweis stellen müssen. Wer da nicht mitkommt, bleibt schnell auf der Strecke.

Vollmundige Ankündigungen ...

Aber es soll sich ja jetzt was ändern im Bayerischen Schulsystem.

Bessere Ausbildung durch höhere Investitionen, 1.000 zusätzliche Lehrerstellen pro Schuljahr, kleinere Klassen und mehr Ganztagsangebote wurden versprochen. Wenn man nun der Staatsregierung Glauben schenken darf, sollen sogar in fünf Jahren in keiner Grundschulklasse mehr als 25 Kinder sitzen. In Klassen, mit mehr als der Hälfte Schüler aus Migrationsfamilien, soll die Regelung bereits ab 2009 gelten, gilt sie auch? Die Grundschulen sollen auch Teil der groß angelegten Ganztags-Offensive werden, die vorsieht, dass es bis 2013 an 540 Grundschulen Ganztages-Züge geben soll. Man wird ja sehen.



Gegenüber dem Bayerischen Rundfunk hat Kultusminister Ludwig Spaenle die Ankündigung tausender zusätzlicher Lehrer ‚auf Grund von Sparmaßnahmen‘ schon wieder zurückgenommen. Das nennt man wohl Wortbruch!

Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle setzt auf eine ‚flexiblere‘ Grundschulphase. Die ersten beiden Klassen sollen in Zukunft in ein, zwei oder drei Jahren absolviert werden können. Das ist wohl pädagogisch wenig sinnvoll und wäre unnötig, wenn die Kinder in kleineren Klassen besser gefördert würden.

Gemeinsames Lernen statt früher Auswahl

Ein besonderer Schwachpunkt des bayerischen Schulsystems ist das Übertrittsverfahren. Der Freistaat schreibt als einziges Bundesland ein Übertrittszeugnis vor, das die weiterführende Schule für das jeweilige Kind festlegt. Die bayerischen Schüler sollen weiterhin schon nach der vierten Klasse von der Grund- auf eine weiterführende Schule wechseln. Dadurch entsteht schon sehr früh ein enormer

Leistungsdruck auf die kleinen Grundschulkin-
der.

In Rheinland-Pfalz soll es ab 2013 neben den
Gymnasien und den Gesamtschulen nur noch
die "Realschule plus" geben. Nach einer ge-
meinsamen Orientierungsstufe bis zur siebten
Klasse können die Schüler hier den Haupt-
schulabschluss oder die Mittlere Reife erwer-



ben. Die Ham-
burger wagen
sogar einen noch
radikalere

Schnitt: Hier sol-
len stufenweise
ab 2010 Haupt-,
Real- und Ge-
samtschule
komplett abge-
schafft und durch
Stadtteilschulen

ersetzt werden.

In Bayern bleibt vieles so wie es immer war.
Das dreigliedrige Schulsystem mit Real- und
Hauptschule bleibt erhalten. Für die sogenann-
te Regionalschule wird aber ein Hintertürchen
geöffnet: Die Hauptschulen in der Region sol-
len zukünftig flächendeckend zu sogenannten
Mittelschulen ausgebaut werden. Die Schüle-
rInnen können dort dann einen Schulabschluss
machen, der dem der "Mittleren Reife" ähnelt.
Aber eben nur ähnelt. Die Hauptschule würde
somit jetzt vier Abschlüsse anbieten: den theo-
rieentlasteten (Praxis-Zug), den herkömmlichen,
den qualifizierenden und den neuen mitt-
leren Abschluss.

Alter Wein in neuen Schläuchen ...

Für diese neue Mittelschule sollten jährlich
sechs Millionen Euro bereitgestellt werden.
Angekündigt wurde ein breites Bildungsange-
bot, ein Ganztagesangebot, eine Mindestgröße
von 300 Schülern und eine Kooperation mit
Berufsschulen, Arbeitsagenturen und Firmen.
Da die schwarz- gelbe Koalition in Bayern ent-
gegen ihrer Ankündigung nun doch bei der Bil-
dung sparen will, wird sich zeigen was von
diesen Versprechen übrig bleibt.

Mit den oben genannten vollmundigen Ankün-
digungen versucht das Kultusministerium auf
die große Krise der Hauptschulen und die
mangelnde Akzeptanz der Schulform bei den
Eltern zu reagieren. Irgendwie entsteht der
Eindruck als wäre das ganze alter Wein in
neuen Schläuchen. Die angekündigte neue
Schulform wird sich auch weiter von der Real-
schule unterscheiden. Der Kultusminister gibt
das auch offen zu: "Wir nähern uns dem Real-
schulabschluss an", sagt er. Was ist also der
Unterschied zwischen alter Haupt- und neuer
Mittelschule? Außer ein paar Förderstunden

mehr gibt es eigentlich keinen substantiellen
Unterschied.

Schauen wir nun noch in das benachbarte
Ausland. In Finnland unterscheidet sich schon
die Ausbildung der Lehrer stark von der ande-
rer europäischer Länder. In mehreren Tests
müssen sie beweisen, dass sie gut zuhören
und pädagogisch denken können. 1968 be-
schloss das Parlament die Einführung einer
neunjährigen Gesamtschule. Seit Mitte der
70er-Jahre gehen 95 Prozent der jungen Fin-
nen zwölf Jahre zur Schule - und das von 8 bis
16 Uhr. Anschließend gehen die Schüler auf
eine dem College verwandte Oberschule. In
keinem anderen Land der Welt sind die regio-
nalen Leistungsunterschiede so gering wie in
Finnland. Zwar sind die Lernziele gesetzlich
vorgeschrieben, aber jedem Pädagogen bleibt
es selbst überlassen, wie er seine SchülerIn-
nen ans Ziel bringt. Keine Seltenheit in finni-
schen Klassenzimmern: Während eine Pädä-
gogin die Stunde gestaltet, kümmert sich die
andere um die SchülerInnen, denen es zu
schnell oder auch zu langsam geht. In Finn-
land richten sich die Schulen nach den Bedürf-
nissen der Kinder und ihrer Familien. Die Leh-
rerInnen passen sich in der Regel dem Tempo
und den Lernbedürfnissen ihrer SchülerInnen
an und nicht umgekehrt. Kinder müssen die
Schule nicht verlassen, wenn sie den Anforde-
rungen dort nicht entsprechen. Schwächere
SchülerInnen werden integriert und nicht aus-
sortiert. Die Verantwortung für die Schulen
liegt bei den Gemeinden, es gibt keine Schul-
räte oder andere Aufsichtsbehörden, was dem
finnischen Staat viel Geld spart.

Türen öffnen für ein selbstbestimmtes Leben



Wir GRÜNE wollen ein Bil-
dungssystem, das allen Kin-
dern, Jugendlichen und Er-
wachsenen Chancen gibt.
Jede und jeder muss von
Anfang an und immer wieder
im Leben die Chance zum
Lernen haben, unabhängig

von Herkunft, Geldbeutel der Eltern, dem eigen-
en Alter oder Geschlecht.

Wir wollen im Bereich der frühkindlichen Bil-
dung einen Rechtsanspruch auf einen ganztä-
gigen und qualitativ hochwertigen Kita-Platz ab
dem ersten Lebensjahr. Zugangshürden durch
Elternbeiträge wollen wir schrittweise abbauen.
Wir wollen den flächendeckenden Ausbau von
echten Ganztagschulen bis 2020. Das ist die
Grundlage für ein chancengerechtes und integ-
ratives Bildungssystem.

In der Schule sollen die Kinder länger gemein-
sam lernen. Verbunden mit einer individuellen

Förderung nutzt dies im Ergebnis allen Kindern.

Seit Jahren liegt Deutschland im Hinblick auf seine Bildungsausgaben international im hinteren Mittelfeld. Wir wollen, dass im Jahr sieben Prozent des Bruttoinlandproduktes für Bildung investiert werden. Wir GRÜNE haben hierfür den sogenannten Bildungssoli vorgeschlagen.

Schwarz-gelbe Kühlturmpolitik blockiert erneuerbare Energien!

Vor über zwei Jahren machte das Wort "Energieeffizienz" die Runde. Man konnte den Eindruck haben, es wurde allgemein verstanden, dass die alten Techniken sich überlebt haben: Kohle und Atom werden mit einem sehr schlechten Wirkungsgrad von unter 40% verstromt und der Rest als Wärme wird über die Kühltürme ausgestoßen.

Wir brauchen keine Kühltürme, denn sie sind ein Zeichen des Versagens. In Dänemark sieht man schon, was auch in Deutschland möglich wäre: Dort werden 20% der Energie aus Windkraft und 55% in Blockheizkraftwerken erzeugt. Anstelle klimaschädlicher Großkraftwerke auf der Wiese sollten kleine Kraftwerke nahe am Verbraucher eingesetzt werden.

So funktionieren Blockheizkraftwerke:

Überall dort, wo Wärme genutzt wird, kann nebenbei Strom erzeugt werden. Die Technik ist seit über 130 Jahren verfügbar, denn es handelt sich um Otto- und Dieselmotoren, die mit einem Generator verbunden sind und mit Wasser gekühlt werden. Die Wärme wird eben in der Industrie genutzt und der Strom entweder vor Ort verbraucht, oder ans Netz abgegeben.

Blockheizkraftwerke haben einen Wirkungsgrad von über 85%. Noch dazu bieten sie die Möglichkeit, durch Umstellung auf Pflanzenöl oder Biogas sogar fast CO₂-neutral zu arbeiten.

Dass 85% Wirkungsgrad mehr ist als 40% kann doch selbst Frau Merkel nicht bestreiten! Denn physikalische Gesetze gelten in Dänemark genauso wie in Deutschland.

Da wir unserer Kanzlerin keine Dummheit unterstellen, muss es einen anderen Grund geben, warum 40 mehr sein soll als 85.

Wer sich mit CDU und CSU etwas länger beschäftigt, merkt die Abhängigkeit der Entscheidungen von der Industrie immer deutlicher.

Und wir wollen den Kardinalfehler der Föderalismusreformen der großen Koalition revidieren und das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich kippen.

Es darf nicht sein, dass 8% der bayrischen Schüler ohne Abschluss von der Schule gehen!

Nicht das, was den Menschen dient, wird getan, sondern die Entscheidungen, die offensichtlich den kartellartigen Strukturen der



Industrie helfen, werden gegen das Interesse des Wählers durchgesetzt. Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Um scheinbar umweltaktiv zu sein, benützt Angela Merkel Worthülsen, hinter denen sie sich verstecken will. Energieeffizienz ist eine davon.

Immer deutlicher wird die rückwärts gewandte Politik:

- Die Besteuerung von Pflanzenöl als Treibstoff führte zur Insolvenz vieler deutscher Ölmühlen.
- Nach Einstellung der Förderung ging die Zahl neugebauter Biogasanlagen um 50% im Vergleich zu 2006 zurück.
- In der Photovoltaik stehen tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel, weil die Förderung drastisch zurückgefahren werden soll.
- Die Entwicklung erneuerbarer Energien wird durch die von der Regierung geplante Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken blockiert.
- Die Macht der Stromriesen EON, Vattenfall, RWE und ENBW wird nicht angekratzt, hohe Strompreise werden zugelassen.
- Absurd hohe Netzdurchleitungsgebühren werden akzeptiert, ein fairer Wettbewerb dadurch blockiert.

Gerade die Physikerin Merkel sollte sich nicht hinter Worthülsen verstecken dürfen! Die Menschen sollten sich nicht für dumm verkaufen lassen!

GRÜNE stehen für eine zukunftsweisende Energiepolitik

Erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung sind für uns der entscheidende Hebel, die Klimaschutzziele zu erreichen und die Energieversorgung ökologisch zu modernisieren. Wie es geht, zeigt das grüne Konzept Energie 2.0: Ausstieg aus der Atomkraft, Verzicht auf neue Kohlekraftwerke und stattdessen bis 2020 einen Strommix mit über 40 Prozent erneuerbarer Energie und 30 Prozent umweltschonenden Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung. Nur noch ein Rest von 30 Prozent käme aus konventionellen Kraftwerken, die nach und nach vom Netz gehen würden. Zugleich würde mit grünen Maßnahmen der Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent sinken.

Erneuerbare Energien

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass sich die Wachstumsgeschwindigkeit der erneuerbaren Energien durch den richtigen politischen Rahmen noch beschleunigen lassen. Wir setzen dabei zum einen auf eine Fortschreibung und Optimierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, um einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen für die Investitionen in Wind, Sonne und Co. sicherzustellen. Zum anderen müssen wir die Struktur der Stromversorgung grundlegend erneuern und die Forschung für erneuerbare Energien sowie deren Netzintegration weiter verstärken.

Atomkraft

Die Risiken der Atomkraft sind nicht verantwortbar. Deshalb wehren wir uns mit aller Kraft gegen die von der Bundesregierung angestrebte Verlängerung der Laufzeiten der AKWs. Wir halten ohne Wenn und Aber am Atomausstieg fest und wollen die gefährlichsten Reaktoren schnellstmöglich stilllegen.

Effizienz und Einsparung

Effiziente Technik und Energiesparen sind der Weg in eine nachhaltige Energiezukunft mit weniger Klimagasen, weniger Verschwendung und geringeren Energiekosten. Jede und jeder kann Energie sparen. Doch die Erfahrung zeigt, dass die Politik den richtigen Rahmen setzen muss, damit Energiesparen erleichtert und belohnt wird. Wir wollen mit einem Mix aus Energiesparstandards für Geräte und Gebäude, finanziellen Anreizen und Förderprogrammen sowie Information und Beratung den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent senken.

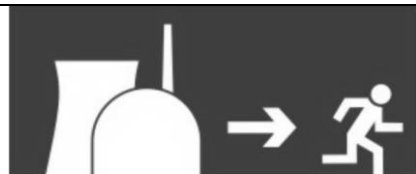
Mehr Informationen hierzu unter:

www.bkww.de Bundesverband der Kraft-Wärme-Kopplung

www.hans-josef-fell.de Energiepolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag

www.sonnenseite.com Hintergründe zu erneuerbaren Energien von Dr. Franz Alt

www.umweltrat.de Sachverständigenrat für Umweltfragen



Ausstieg selber machen - Stromanbieter wechseln !

Auch Sie können einen kleinen Beitrag zum Atomausstieg leisten:

Wechseln Sie zu einem Anbieter, der keinen Atomstrom verkauft, oder noch besser, wählen Sie einen Versorger, der ausschließlich erneuerbare Energien anbietet.

Vor kurzem musste die Deutsche Umwelthilfe bei ihrer Auswertung der aktuellen Stromtarife feststellen, dass ein hoher Atomstrom-Anteil mit einem höheren Verbrauchspreis einhergeht. Ein Durchschnitts-Haushalt mit 3000 Kilowattstunden bezahlt nach den vorliegenden Daten bei einem atomfreien Anbieter im Mittel rund 720 Euro im Jahr, bei einem Anbieter mit 50% Atomstrom hingegen 740 Euro.

Folgende Seiten im Internet geben dazu konkrete Hilfe zum leichten Wechsel des Stromanbieters

<http://www.atomausstieg-selber-machen.de/>

<http://www.projektwerkstatt.de/strom/tarife.html>

Europa vor der Pleite?



Kaum scheint es so, als sei die durch das Finanzmarkt-Desaster ausgelöste globale Wirtschaftskrise einigermaßen ausgestanden, droht der europäischen bzw. gar der weltweiten Staatengemeinschaft mit der „Euro-Krise“ und den drastisch angehäuften Schulden der öffentlichen Hand neues Unheil. Um das Finanzmarkt-Desaster und die Euro-Schwäche nicht weiter ausgreifen zu lassen und um den bereits eingetre-

tenen negativen Auswirkungen zu begegnen, sind viele Staaten, so vor allem auch Deutschland, mit Summen in abenteuerlicher Höhe in Haftung gegangen. Wie dieses Experiment gerade jetzt beim Versuch der „Euro-Rettung“ ausgehen wird, ist völlig offen.

Martin Runge, gelernter Wirtschaftswissenschaftler und seit vielen Jahren u.a. wirtschafts- und europapolitischer Sprecher der GRÜNEN im Bayerischen Landtag, skizziert in seinem Vortrag Gründe, Hintergründe und Auswirkungen des Finanzmarkt-Desasters und der „Euro-Krise“ und stellt anschließend die von der Politik ergriffenen bzw. angekündigten Maßnahmen zur Diskussion.

Veranstaltung mit:

Dr. Martin Runge, MdL,
wirtschafts- und europapolitischer Sprecher der
GRÜNEN im Bayerischen Landtag

„Dampfschiff“, Grafrath

am **Donnerstag, 8. Juli, 20 Uhr**

Redaktion:

Stefan Bauer
Helma Dreher
Anita Schleibner
Elke Struzena
Roger Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592